

Landkreis Vorpommern-Rügen, Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund

Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-
Rügen/Freie Wähler
Hafenstraße 12
18356 Barth

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: 01.04.2
Meine Nachricht vom:
Bitte beachten Sie unsere Postanschrift unten!
Fachdienst: Büro des Landrates und des Kreistages
Fachgebiet / Team:
Auskunft erteilt: Maxi Müller
Besucherschrift: Carl-Heydemann-Ring 67
18437 Stralsund
Zimmer: 119
Telefon: +49 (0)3831 357-1214
Fax: +49 (0)3831 357-441210
E-Mail: Maxi.Mueller@lk-vr.de
Datum: 14. Oktober 2019

Ihre Anfrage zum Strand- und Dünenschutz

Sehr geehrter Herr Löttge,


Ihrer Anfrage vom 1. Oktober 2019 entnehme ich, dass Sie davon ausgehen, dass das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern (StALU VO) seine bisherige Zuständigkeit für den Dünenschutz auf die Gemeinden und Kommunen der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst verlagert hat. Diese Ansicht kann ich nicht teilen. Daher erlaube ich mir, Ihre Fragestellung dieser Antwort beizulegen und Ihnen im Allgemeinen zu antworten.

Dem Landkreis liegen keinerlei Informationen zu den beschriebenen Änderungen hinsichtlich der Zuständigkeiten für den Dünen- und Küstenschutz vor. Das StALU VP als zuständige Wasserbehörde nach § 107 Abs. 4 Nr. 2 und 3 LWaG für den Küstenschutz und die Landesschutzdeiche führt die damit zusammenhängenden Maßnahmen in eigener Regie durch.

Das StALU VP trifft die Entscheidungen i. S. d. §§ 83 (Küstenschutz), 87 (Nutzungsbestimmungen auf dem Strand) und 89 (Anlagen an der Küste) LWaG als Einzelentscheidungen oder im Einvernehmen in Baugenehmigungsverfahren bzw. in anderen Genehmigungsverfahren. Eine Zuständigkeitsübertragung auf dem Gebiet des Küsten- und Dünenschutzes als öffentliche staatliche Aufgabe kann, wenn überhaupt, ausschließlich aufgrund einer Gesetzesänderung bzw. einer neuen Zuständigkeitsverordnung seitens des Gesetzgebers erfolgen. Eine derartige Gesetzesänderung bzw. Verordnung wurde seit der letzten Änderung des LWaG vom 5. Juli 2018 nicht erlassen.

Leider geht aus Ihrer Anfrage nicht hervor, welche Umstände zu der Annahme Ihrerseits führen. Vermutlich handelt es sich hier jedoch nicht um eine Zuständigkeitsübertragung, sondern um bestimmte Vereinbarungen zwischen den Küstengemeinden und dem StALU VP, um die Arbeiten an den Dünen zu optimieren bzw. so zu regeln, dass die Konfliktpotentiale minimiert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefan Kerth
Landrat